

## **In diese Falle sind wir schon einmal getappt**

Demokratie kann nicht ausschließlich liberal sein, sie muss sozial werden.

Von Tatjana Worozhejkina<sup>1</sup>

*Die Ereignisse um die Wahlen in Russland 2011/2012 demonstrieren recht deutlich, wie baufällig die Machtkonstruktion und das Modell der Beziehungen zur Gesellschaft ist, das das Putinsche Regime wiederherzustellen versuchte. Gemeint ist das für Russland traditionelle Modell, bei dem die Staatsmacht als einzige Kraft den Anspruch erhebt, die Gesellschaft von oben zu kontrollieren und dadurch das Aufkommen horizontaler Beziehungen sowie Mechanismen für eine soziale Integration zu blockieren.*

Ungeachtet der konsequenten und umfassenden Gegenreformen der 2000er Jahre war dieses Vorhaben von Anfang zum Scheitern verurteilt, und zwar vor allem, weil dem Staat in Russland die administrativen, politischen und ideologischen Ressourcen für eine solche Strategie fehlen. Der Staat ist durch die in ihm dominierenden privaten Interessen innerlich völlig zersetzt. Es lässt sich mit Fug und Recht behaupten, dass in Russland der Staat als System öffentlicher Institutionen praktisch nicht mehr existent ist. Auf allen Ebenen – von der lokalen bis zur föderalen – hat eine Privatisierung der staatlichen Funktionen und deren Umwandlung in eine höchst einträgliche Ware stattgefunden, von der ausnahmslos alle staatlichen Institutionen betroffen sind. Im Grunde verschmelzen hierbei politische und wirtschaftliche Herrschaft, da die Gruppe, die die Exekutive dominiert, gleichzeitig nahezu alle gewinnträchtigen Wirtschaftsbereiche kontrolliert. Solch ein „Staat“, kaum mehr als ein effektives Bereicherungsinstrumentarium für Politiker und Bürokraten, ist keineswegs in der Lage, die Kontrolle über die Gesellschaft wiederherzustellen oder sich in absehbarer Zeit eine wie auch immer geartete soziale Basis zu verschaffen.

Die Defizite dieses Systems hinsichtlich des Interessenausgleichs innerhalb der herrschenden Gruppen sind offensichtlich. Es gibt keinerlei institutionelle Mechanismen zum Austarieren der Interessen; das System ruht auf dem blanken Gleichgewicht der Kräfte und persönlichen Deals. In den 12 Jahren Putinscher Herrschaft ist es nicht gelungen, innerhalb des autoritären Regimes einen institutionellen Mechanismus für eine Machtnachfolge zu entwickeln, eine Aufgabe, die von allen stabilen autoritären Regimen der Welt – vom mexikanischen bis zum chinesischen – erfolgreich gelöst wurde. Auch deshalb geriet die „Rochade“ vom 24. September 2011, die ja

---

<sup>1</sup> Der Artikel ist zuerst auf Russisch in der Nowaja Gaseta Nr. 26-27 vom 12. März 2012 erschienen; <http://www.nowaygazeta.ru/politics/51479.html>

durchaus zu erwarten war (das Marionettenhafte der Präsidentschaft Medwedews war die gesamten vier Jahre offensichtlich), zu einer für die Gesellschaft sichtbaren Verletzung des Konsensus innerhalb der Eliten. Die wichtigste Trennlinie dort verläuft zwischen den innersystemischen Liberalen (Kudrin), die an einer Beschleunigung der liberalen Reformen interessiert sind, und jenen, für die das Regime und dementsprechend die Intransparenz des bestehenden Wirtschaftssystems die wichtigste Einnahmequelle darstellen.

Die Verletzung des Konsensus auf oberster Ebene ist zweifellos ein wichtiges Anzeichen für die fehlende Nachhaltigkeit der gesamten Machtkonstruktion. Die Rolle, die die Widersprüche zwischen Systemliberalen und dem näheren Kreis um Putin für die Zukunft der Demokratiebewegung spielen könnten, ist jedoch recht ambivalent. Das Paradoxon besteht darin, dass Leute wie Kudrin vollauf mit liberalen Reformen ohne politische Demokratie zufrieden wären – das ist der Kurs, den sie die gesamten 2000er Jahre über zu verfolgen suchten. Die Systemliberalen betrachteten dabei das autoritäre Regime als Instrument für liberale Wirtschaftsreformen. Das Regime hingegen verfolgte immer mehr die eigenen, als Staatsinteressen deklarierten wirtschaftlichen Interessen der Clans. Der Traum von einem russischen Pinochet stieß sich somit an den Geburtsmerkmalen des russischen Regimes, unter anderem an dessen Herkunft aus dem Repressionsapparat. Die Erwartung, dass ein solches Regime zu einer schrittweisen Aufweichung und einer allmählichen Evolution in Richtung Demokratie fähig wäre, ist meiner Ansicht nach illusorisch. Die fehlende Trennung von Staatsmacht und Eigentum erzeugt für das personalistische autoritäre Regime eine Sackgasse: Ein Verlust der Macht würde unausweichlich zu einem Verlust des Eigentums führen, und eine Schwächung oder Gebrechlichkeit des Diktators zum Zerfall des Regimes.

Es ließe sich denken, dass die Systemliberalen im Wissen um diese Logik und aus dem Wunsch, dass sie nicht zum Tragen kommt, eine Annäherung an die außersystemische Opposition versuchen könnten. Jedoch wäre dann eine effektive Beteiligung der Bevölkerungsmehrheit im politischen System für die Umsetzung jenes Programms, das die Systemliberalen als notwendig zur Gesundung der Wirtschaft betrachten (Kürzung der Sozialausgaben, Anhebung des Rentenalters, weitere Liberalisierung der Arbeitsverhältnisse sowie die Kommerzialisierung von Bildung und Gesundheitswesen), nicht vonnöten oder gar gefährlich. Das einigende Ziel der gegenwärtigen Opposition, nämlich freie Wahlen, bedeutet ja in Wirklichkeit die Forderung nach einer politischen Reform, die idealerweise die Regierung gegenüber der Gesellschaft verantwortlich machen würde. Es ist nur schwer vorstellbar, dass unter den derzeitigen Bedingungen in Russland auch nur eine relative Mehrheit der Bevölkerung das Programm der Systemliberalen unterstützen würde.

Tatjana Worozhejkina: „Demokratie kann nicht ausschließlich liberal sein, sie muss sozial werden.“, Nowaja Gasetta, 12.März 2012: <http://www.novayagazeta.ru/politics/51479.html>

Vor diesem Hintergrund wäre es meiner Ansicht nach verfehlt, die Spaltung an der Spitze über zu bewerten oder gar als Mechanismus zu betrachten, der den Protest in Gang gesetzt hat. Die gegenwärtige Protestbewegung ist meines Erachtens vor allem durch jene Veränderungen möglich geworden, die sich über die vergangenen sieben Jahre in der russischen Gesellschaft vollzogen haben. Nahezu alle sprechen nun von einer Gesellschaft (mit dem Vorsatz „Zivil“ oder ohne). Selbst jene, die noch vor ein paar Jahren höchst skeptisch waren, ob eine solche in Russland existiert. Dabei ist der gegenwärtige Aufbruch doch offensichtlich durch die zunehmenden gesellschaftlichen Proteste der letzten Jahre vorbereitet worden, durch die Proteste gegen die Monetisierung der Vergünstigungen Anfang 2005, die auch eine vielfältige Bewegung zum Schutz von Wohnrechten umfasste, durch Proteste gegen Bauwillkür und Zwangsräumungen, durch Umweltinitiativen zum Schutz der Lebenswelten, durch neue Gewerkschaften und Streiks, durch Proteste gegen Polizei- und Gerichtswillkür, durch die Autofahrerbewegung, die „Märsche der Nichteinverstandenen“, die „Strategie 31“ und vieles andere mehr. Es handelt sich hier um einen stärker werdenden Prozess vorpolitischer Selbstorganisation zum Schutze unmittelbarer Lebensinteressen in den unterschiedlichsten Bereichen. Diese spezifischen Bewegungen und Proteste der vergangenen Jahre haben jene öffentliche Sphäre vorpolitischer Art geschaffen und beständig erweitert, die vom Staat unabhängig ist, diesem oft gegenübersteht und den Bereich der Zivilgesellschaft darstellt. Hierin ist der soziale und politische Hintergrund zu sehen, vor dem die Bewegung der Massenproteste Ende 2011, Anfang 2012 möglich wurde. Auslösendes Moment war der äußerst misslungene Versuch einer Regierung, die über die Existenz einer Gesellschaft hinweg sah, sich in einer neuen Situation auf die gewohnte Art zu verhalten. Die dreiste und stupide Staatsmacht kollidierte, ihre Willkür nicht verhehlend sondern demonstrierend, mit der Bereitschaft der Menschen, ihre Rechte und ihre Würde zu verteidigen.

Wer sind nun diese Leute – die „Mittelschicht“ oder „Creative class“, wie sie in den Medien bezeichnet werden? „Durchaus erfolgreiche Leute, die sich zu den Demonstrationen versammelten und plötzlich spürten, dass in ihrem Leben alles in Ordnung ist, es aber zu wenig Freiheit gibt“, wie der bekannte Fernsehmoderator Leonid Parfjonow sagt? Oder hat der Soziologe Alexei Lewinson Recht, der meint, dass „es nicht die Mittelschicht war, die zum Protest auf die Straße ging. Es war vielmehr die Gesellschaft als Ganzes, die ihre Boten entsandt hat, um zu verkünden, dass sie nun anders leben will.“? Wer am 24. Dezember vorigen Jahres auf dem Sacharow-Prospekt war, und am 4. Februar auf dem Bolotnaja-Platz, wird wohl den Ergebnissen der Umfragen zustimmen, die das Lewada-Zentrum auf den Demonstrationen durchgeführt hat. Es waren dort viele „Mittelschichtler“ zu finden, wie Lewinson schreibt. Doch „neben den Mittelschichtlern gab es auch viele Wohlhabendere und nicht wenige Ärmere. Es waren dort ebenso viel Rentner zu sehen wie Studenten. Unter den Frauen stellten die Rentner die zahlenmäßig zweitstärkste Gruppe“.

Tatjana Worozhejkina: „Demokratie kann nicht ausschließlich liberal sein, sie muss sozial werden.“, Nowaja Gaseta, 12.März 2012: <http://www.novayagazeta.ru/politics/51479.html>

Gleichzeitig ist klar, dass es die Wohlhabenderen sind, die den Kern der Demokratiebewegung bilden, die vor unseren Augen entsteht. Und es war der Mangel an Freiheit, der die Leute auf die Straße trieb. Die Protestbewegung wird nicht durch die sozialen Interessen einzelner, womöglich benachteiligter sozialer Gruppen vereint, sondern durch die Forderung nach Freiheit und Demokratie. Als Fortsetzung der gesellschaftlichen Bewegungen, die in den letzten Jahren aus konkreteren Anlässen entstanden sind, ist die neue Protestbewegung mit diesen nicht deckungsgleich, sondern hebt sie vielmehr auf eine andere, allgemeinere Ebene.

Das Potential, Menschen von unterschiedlichem sozialen Status und politischer Einstellung zu vereinen, stellt zweifellos eine Stärke der Bewegung dar. Doch bedeutet ihre gegenwärtige Bandbreite auch das größte Problem der Bewegung, das im Laufe ihrer weiteren Entwicklung immer sichtbarer werden wird. Sie steht vor der Herausforderung, soziale Forderungen und sozialen Protest in den demokratischen Protest zu integrieren. Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre hatte der demokratische Protest schon einmal die ursprüngliche soziale Unzufriedenheit „überdeckt“. Demokratie erschien damals vielen als Mittel zur Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme. Nach den schweren Erfahrungen der 1990er Jahre sind wenn überhaupt, dann nur einige wenige Naive noch dieser Ansicht.

Der demokratische Protest wird von der öffentlichen Meinung – weniger durch die Teilnehmer der Demonstrationen selbst als durch Medien und unabhängige Analytiker – immer mehr als Protest ausschließlich der Mittelschicht interpretiert. In dem so entstehenden Bild wird die erfolgreiche Mittelschicht nicht nur dem korrupten autoritären Regime gegenüber gestellt, sondern auch der riesigen Menge von „Lumpenproletariern“ (so die Journalistin Julia Latynina), die ja von der Regierung völlig bewusst „herangezogen“ wurden. Jenen „Lumpenproletariern“ die da sagen: „Wat denn? Wir sind auch Wähler!“. Im Gegensatz zu den „Lumpenproletariern“, die auf die Regierung hoffen und deren paternalistischer Fürsorge bedürfen, so das Bild, kämpfen die Vertreter der Mittelschicht für ihre Freiheit und ihre Würde. Die gigantischen Pro-Putin-Inszenierungen auf dem Poklonnaja-Berg und im Lushniki-Stadion, die schlichten Motive der dort herangekehrten Statisten („Stabilität“, „Hauptsache, es wird nicht schlimmer“ usw.) scheinen die Teilnehmer der Bewegung für ehrliche Wahlen in der allgemeinen Stimmigkeit dieser bipolaren Weltanschauung zu bestätigen – „wir“ sind nicht die da, „die da“ sind nicht wir.

Diese Gegenüberstellung bedeutet meiner Ansicht nach für die Zukunft der Protestbewegung eine große Gefahr. Eine vereinfachte Interpretation dieses Bildes stößt nämlich jene ab, die keineswegs spüren, dass „in ihrem Leben alles gut läuft“, und das ist die Bevölkerungsmehrheit. Das Gefühl der eigenen Würde ist keineswegs ein Privileg der Reichen und Erfolgreichen. Angesichts der Menge nicht armer Kulturgößen, die sich drängten, um Putin für dessen Wahlkampf zu huldigen,

Tatjana Worozhejkina: „Demokratie kann nicht ausschließlich liberal sein, sie muss sozial werden.“, Nowaja Gasetta, 12.März 2012: <http://www.novayagazeta.ru/politics/51479.html>

ist es nicht angenehm daran zu erinnern. Verteidigen etwa die Lehrer oder Rentner, die von erbärmlichen Einkommen leben müssen und fordern, dass der Staat seinen Verpflichtungen nachkommt, nicht auch ihre Würde? Man sollte die Positionen jener aufmerksamer wahrnehmen, die erzwungenermaßen bislang noch die andere Seite unterstützen. „Wir fürchten Veränderungen. Jetzt geht es nicht besonders, aber besser so, als ... Veränderungen, das heißt immer: Erschütterungen. Unsere Kinder sind doch unter diesem Regime aufgewachsen“, sagte eine Frau auf der Versammlung im Lushniki-Stadion am 23. Februar. Hinter diesen Beschwörungen steckt nicht nur Putinsche Fernseh-Propaganda. „Die Wurzeln dieser Angst reichen tief“, schrieb Andrej Fadin 1990. „Sie reichen tief in die historische Erfahrung Russlands mit seinen abrupten Umwandlungen, die brutal auf die Menschen einstürzten und auf deren Leben keinerlei Rücksicht nahmen... Jede Reform birgt die Gefahr einer Verschlimmerung des schweren, aber gewohnten Lebens. Mit Fortschritt wird vor allem dessen viel zu hoher Preis assoziiert, die Leiden und Entbehnungen... Aus diesen bitteren historischen Erfahrungen bezieht der Konservatismus im einfachen Volk seine Kraft. In ihr steckt aber auch eine Gefahr für jede konsequente Modernisierungspolitik. Wenn die Ereignisse in die falsche Richtung gehen, gerät dieser Konservatismus nämlich zur Grundideologie der Restauration“. Diese Worte stellten sich als prophetisch heraus: Die bittere Erfahrung der 1990er Jahre brachte die Bevölkerungsmehrheit dazu, jene Restauration zu unterstützen – und sei diese auch noch so karikaturhaft –, die ihr in den 2000er Jahren vom Regime Putins geboten wurde.

Wir sollten nicht wieder in die gleiche Falle tappen.

Die Institutionen politischer Demokratie müssen die Interessen der Bevölkerungsmehrheit aufnehmen, wenn sie zumindest minimalen Bestand haben und nicht das Schicksal ihrer Vorgänger in den 1990er Jahren teilen sollen. Eine moderne demokratische Alternative kann nicht liberal oder ausschließlich liberal sein, sie muss sozial werden. Demokratie wird in Russland nicht möglich sein, wenn die sozialen Forderungen jener nicht integriert werden, die durch eine wirtschaftliche Entwicklung, die sich nahezu ausschließlich an den Anforderungen des weltweiten Energiemarktes orientiert, als Konsumenten und Produzenten überflüssig gemacht werden. Ohne eine Integration dieser Schichten und die Berücksichtigung ihrer Interessen, die oft antiliberalen Züge tragen, wird jeder demokratische Aufbau oberflächlich und umkehrbar bleiben. Ohne den Einschluss der sozial „Ausgeschlossenen“ in ein pluralistisches System gesellschaftlicher und politischer Repräsentation, in denen diese spüren, dass sie ihre Interessen wirksam vertreten können, werden sich demokratische Institutionen nicht reproduzieren. Mit einem für die „Ausgeschlossenen“ undurchlässigen politischen System wird stets die Gefahr bestehen, dass undemokratische, paternalistische Tendenzen der sozialen Unterschicht (und teilweise der

Tatjana Worozhejkina: „Demokratie kann nicht ausschließlich liberal sein, sie muss sozial werden.“, Nowaja Gasetta, 12. März 2012: <http://www.novayagazeta.ru/politics/51479.html>

Mittelschicht) sich mit autoritären, autokratischen Tendenzen der herrschenden Gruppen zusammenschließen. Dann kämen auf demokratischem Wege – durch Wahlen – autoritäre Regime an die Macht, die den repräsentativen Charakter der Institutionen, deren Fähigkeit, die Interessen der Gesellschaft (auch Protest) in den politischen Bereich zu transportieren, aushöhlen und aufheben würden.

Mir scheint, dass die Demokratiebewegung diese äußerst schwierige Aufgabe bereits jetzt angehen muss. Andernfalls wäre sie dazu verurteilt, oberflächlich und damit schwach zu bleiben. Dann werden wir nach jedem demokratischen Aufbruch stets wieder auf den gewohnten historischen Pfad zurück fallen, wenn nämlich der Zusammenbruch eines Regimes die schwache und verschreckte Gesellschaft erneut dazu bringt, allein auf den Staat zu setzen, damit dieser wieder für Ordnung Sorge.